

Pressemitteilung

vom 02. Oktober 2007



Verbände der Getreidewirtschaft diskutierten politische Rahmenbedingungen für Unternehmen und Märkte Gemeinsamer Parlamentarischer Abend in Brüssel

Brüssel – Zu einem Meinungsaustausch über die politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Getreidewirtschaft luden der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA), der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT), der Verband Deutscher Mühlen (VDM), der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse (VdG) und der Verband der Handelsmälzereien (VHM) am gestrigen Abend (01. Oktober 2007) Parlamentarier, Vertreter der EU-Kommission und Multiplikatoren in die Vertretung des Landes Niedersachsen in Brüssel ein.

Dabei standen die aktuellen Herausforderungen für die Branche im Mittelpunkt. Der Agrarbereich ist einem starken Wandel ausgesetzt, wie BVA-Präsident Bruno Fehse in seiner Einleitung ausführte: „Bisher wurde unsere Branche bzw. die Landwirtschaft mit gesättigten und stagnierenden EU-Märkten für Lebensmittel, agrarpolitischen Restriktionen und niedrigen Agrarpreisen verbunden. Erfreulicherweise hat sich in der deutschen Land- und Agrarwirtschaft in den vergangenen zwei Jahren eine deutliche Aufhellung der wirtschaftlichen Perspektiven für die Unternehmen ergeben.“ Damit gehen jedoch auch Schwierigkeiten einher, die von den Verbänden besonders thematisiert wurden.

Die Konkurrenz um Rohstoffe und Flächen sowie die Frage des Pflanzenschutzes als „ein anerkanntes und sinnvolles Mittel zur Produktion von gesunden, sicheren und für breite Bevölkerungsschichten bezahlbaren Lebensmitteln“ stellte der BVA in seinem Statement heraus. Dabei begrüßte der BVA-Präsident im Einklang mit den anderen Verbänden das vorläufige Ende der Flächenstilllegung. Zudem sprach er sich im Hinblick auf die Novellierung der EU-Richtlinie 91/414 für eine Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland und Europa aus, die sich auf eine sachgerechte Abwägung von Nutzen und Risiken stützt.

Gemeinsamer
Pressekontakt:

Beueler Bahnhofsweg 18
53225 Bonn

Seite 2 der Pressemitteilung vom 02.10.2007

Der Vorsitzende des VDM Hans-Christoph Erling sprach vor allen Dingen die Marktsituation an. „Das laufende Jahr ist von einem in den letzten 40 Jahren nicht gekannten Preissprung gekennzeichnet“, so Erling. Zu den Ursachen zähle neben der Änderung der Ernährungsgewohnheiten in Ländern mit steigendem Wohlstand auch die Bioenergie und deren politisch forcierte Förderung. In diesem Zuge sprach sich der VDM für eine Korrektur des eingeschlagenen Wegs aus. Weitere Kernforderungen bezogen sich auf die Frage der Nulltoleranz im Zusammenhang mit Kontaminanten wie Mykotoxinen, mikrobiologischen Keimen oder Schwermetallen. Hier sei – ähnlich wie in der Schweiz – eine praktikable Lösung notwendig, die der gesundheitlichen Unbedenklichkeit marginaler Spuren Rechnung trage. Zudem solle die EU-Kommission Abstand von der Festsetzung von Alkaloid-Grenzwerten in Getreide, Mehl und Brot nehmen.

DVT-Präsident Heinz Roling erläuterte die Auswirkungen der europäischen Zulassungspolitik für gentechnisch veränderte Organismen auf die Futtermittel- und Veredelungswirtschaft. Die Verzögerungen im Genehmigungsverfahren verschärfen die angespannte Situation auf den Rohstoffmärkten zusätzlich. „Aus unserer Sicht ist es essentiell, dass die so genannten „undue delays“ im Zulassungsverfahren vermieden werden und dass die zeitliche Synchronisierung der Zulassungsverfahren zwischen der EU und den Erzeugerländern verbessert wird“, forderte Roling. Zudem befürwortet der DVT eine Abkehr von der Nulltoleranz gegenüber gentechnisch veränderten Rohstoffen, die noch keine EU-Zulassung besitzen. Stattdessen könne man sich einen vorläufigen Schwellenwert für nicht zugelassene, aber bereits sicherheitsbewertete Sorten vorstellen, wie er in den vergangenen drei Jahren bereits gegolten hat. Für die anstehende Neugestaltung des Europäischen Futtermittelrechts wünschte sich Roling vor allem größere Liberalität, Stärke des EU-Gesetzgebers gegenüber nationalen Befindlichkeiten und einen Abschied von ideologisch befrachteten Diskussionen. Auch in diesem Bereich sollte den Marktkräften mehr Vorrang vor staatlichen Regulierungen eingeräumt werden, soweit nicht Sicherheitsaspekte betroffen seien.

Im Anschluss an die Statements vertieften die Teilnehmer die Themen in einer lebendigen Diskussion.